

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.80 M. - Einzelnummern 10 Pfg. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenburg Zweigt. Wildb. - Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. - Postcheckkonto Stuttgart. 20 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einchl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. - Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. - Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. - In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 14

Februar 1924

Wildbad, Donnerstag den 17. Januar 1924

Februar 1924

Jahrgang 59.

Deutschlands Ernte

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt die November-Erntemittelung für 1923. Diese endgültige Feststellung bringt im allgemeinen die Bestätigung der Vorschätzung, die einen erheblich besseren Ernteertrag als im Vorjahr in Aussicht stellte. Nur die Winterroggen- und Sommergerste-Ernte bleibt um 0,5 Millionen Tonnen hinter der Vorschätzung zurück. Wenn somit auch gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Steigerung in den Ernteergebnissen erzielt worden ist, so bleibt der Ertrag doch immer noch ganz erheblich hinter dem Friedensergebnis zurück (die Vergleiche sind auf den jetzigen Reichtumsstand berechnet), und zwar nicht nur was die Menge betrifft, sondern auch der Hektarertrag ist erheblich kleiner als vor dem Krieg. Das erklärt sich in der Hauptsache aus der geringeren Beschickung des Bodens mit Dünger, und zwar nicht nur mit künstlichem Dünger, sondern auch mit natürlichem Dünger, der infolge der kleineren Viehbestände in geringererem Maße entfällt.

Der Ertrag der Ernte beläuft sich in Tonnen à 1000 Kilo wie folgt:

	1923	1922	1912
Winterweizen	2 488 408	1 667 242	3 532 617
Sommerweizen	214 574	187 928	212 762
Spelz	159 270	113 405	437 787
Winterroggen	6 580 242	5 173 985	9 987 150
Sommerroggen	101 380	59 960	144 657
Wintergerste	234 301	—	—
Sommergerste	2 126 848	1 607 624	3 040 218
Safer	6 106 778	4 015 501	8 618 618
Lupinen	22 577	21 129	—
Kartoffeln	32 580 553	40 065 360	44 018 758
Zuckerrüben	8 695 722	10 791 639	13 988 805
Runkelrüben	21 964 014	24 754 713	—
Klee	9 587 625	7 026 732	9 632 677
Ruzerne	1 578 289	1 486 814	1 381 601
Senf	23 352 077	19 240 606	25 853 093

Wie sich die Anbaufläche für die verschiedenen Früchte mit dem Vorjahre und mit dem Vorkriegsstand vergleicht, veranschaulicht die folgende Tabelle, in der die Anbaufläche in Hektar angegeben ist, während die Klammernzahl den Hektarertrag in Tonnen von 1000 Kilo bedeutet.

	1923	1922	1913
Winterweizen	1 263 843 (1,97)	1 186 222 (1,41)	1 463 813 (2,41)
Sommerweizen	214 574 (1,90)	187 928 (1,55)	212 762 (2,40)
Spelz	128 471 (1,24)	126 755 (0,89)	272 083 (1,61)
Winterroggen	4 280 489 (1,54)	4 076 366 (1,27)	5 151 720 (1,94)
Sommerroggen	85 992 (1,18)	6 065 (0,91)	107 467 (1,35)
Wintergerste	108 150 (2,17)	—	—
Sommergerste	1 193 350 (1,78)	1 607 624 (1,40)	3 040 218 (2,20)
Safer	3 344 705 (1,83)	3 201 852 (1,25)	3 924 706 (2,20)
Lupinen	21 943 (1,09)	25 272 (0,84)	—
Kartoffeln	2 726 859 (11,95)	2 721 550 (14,94)	2 802 061 (15,71)
Zuckerrüben	383 557 (22,67)	417 269 (25,86)	406 695 (29,97)
Runkelrüben	756 559 (29,03)	784 711 (31,55)	—
Klee	1 949 906 (4,92)	1 892 816 (3,71)	1 711 877 (5,63)
Ruzerne	277 688 (5,68)	267 717 (5,55)	210 731 (6,56)
Bewäss. Wiesen	309 294 (4,76)	317 347 (4,32)	422 741 (5,59)
Andere Wiesen	5 136 579 (4,26)	5 144 297 (3,47)	4 847 467 (4,85)

Bemerkenswert ist neben dem Umstand, daß der Hektarertrag erheblich hinter dem Vorkriegsstand im Durchschnitt etwa um 20 bis 25 Proz. zurückbleibt, ist auch die erheblich geringere Anbaufläche für Brotgetreide und Kartoffeln. Die Anbaufläche für Klee und die Benutzung des Landes zu Wiesen ist dagegen vermehrt. Die Vermehrung der Wiesen, trotz des kleinen Viehbestandes, ist durch den Ausfall der Einfuhr von Futtergetreide bedingt worden. Jedenfalls ist ein Teil der Landwirtschaft in ihrer Tätigkeit von der stark intensiven auf eine mehr extensive Form übergegangen: weniger Ackerland, mehr Weiden und Wiesen. Das dürfte besonders für die Großwirtschaft gelten, die auch mit Arbeiterschwierigkeiten zu kämpfen hat, während die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe eher intensiver gearbeitet haben dürften.

Die Untersuchung in der Pfalz

Der englisch-französische Zusammenstoß

Man soll nicht zu früh frohlocken, aber man darf mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß der Tod des pfälzischen Sonderbündlerführers Heinz aus Orbis zu einem bedeutenden diplomatischen Zusammenstoß zwischen Paris und London geführt hat. Deutscherseits: Die beiden Sieger-Regierungen sind sich in die Haare geraten, nachdem sich die Spannung zwischen ihnen in der letzten Zeit von Woche zu Woche verschärft hatte.

Der Gang der Dinge — sehr wichtig für die Beobachtung vom deutschen Standpunkt aus — war folgender: England, bereits entschlossen, den französischen Machenschaften im besetzten Gebiet genauer auf die Finger zu sehen, gibt auf den Anschlag von Speyer hin seinem Generalkonsul in München, Clive, die Weisung, in die linksrheinische bayerische Pfalz zu reisen und die dortigen poli-

Tagespiegel

Die dritte Steuerverordnung soll Ende der Woche dem Reichskabinett zugehen. Bezüglich der Aufwertung der Hypotheken rechnet man mit dem Zustandekommen einer Verständigung.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird nach T. U. nach Paris berufen werden, um dem Sachverständigen-Ausschuß Auskunft über Währungsfragen zu geben.

Die kommunistischen Betriebsräte der Pfalz haben sich für einen von Berlin unabhängigen Rheinlaad ausgesprochen.

Der Sachverständigen-Ausschuß hat bei der Reichsregierung angefragt, ob sie bereit sei, dem Ausschuß Einblick in die Finanzverwaltung 1920/23 zu gewähren.

Der englische Botschafter erbat sich von der deutschen Reichsregierung Auskünfte über das Treiben der Sonderbündler in den besetzten Gebieten.

Nach Meldungen aus Paris sollen die französischen Steuern so erhöht werden, daß sie eine Mehreinnahme von 4700 Millionen Franken erbringen. Durch Sparmaßnahmen wie Abbau der Beamten, Herabsetzung der Pensionen usw. sollen 1500 Millionen weniger ausgegeben werden.

In der kommunistischen Partei Rußlands sind ernste Streitigkeiten ausgebrochen. Der Vertreter der Radikalen, Trotski, soll vor seiner Flucht verhaftet worden sein.

tischen Verhältnisse zu untersuchen und zwar allein und selbständig und ohne Begleitung französischer Offiziere oder Beamten. Die öffentliche Begründung dieses Geheimbefehls brachte die Londoner „Times“ mit bemerkenswert scharfen Worten: Die Untersuchung der Zustände in der Pfalz sei dringend notwendig. Die Pfalz, die so merkwürdig von ihrem Mutterstaat Bayern durch den Rhein getrennt ist, sei der Aufmerksamkeit des größten Teils Europas während der letzten unruhigen Jahre entgangen. Doch sie entgehe nicht der Aufmerksamkeit Frankreichs, ebensowenig wir irgendein anderes deutsches Gebiet westlich des Rheins. Während andere Völker nicht darauf achteten, hätten die örtlichen Vertreter der Rheinlandkommission sich anscheinend als besonders aufmerksame Schüler erwiesen, die den Rhein als die beste und einzige natürliche Grenze Frankreichs im Nordosten betrachteten. Die deutschen Sonderbündler könnten kaum großen Fortschritt ohne diese duldsame oder gar fördernde Unterstützung erreicht haben. Die „Times“ beschrieb dann noch „die Straße, die in französischen Kasernen und in französischen Eisenbahnhöfen eintrafen“. Wie die Pfalz, verlor Frankreich ja auch das Saargebiet mehr und mehr zu entnationalisieren. . .

Das war deutlich genug. Es war das erste Mal, daß die englische Diplomatie ein wenig aus sich herausging. Was war die Wirkung in Paris? Man erklärte dort noch deutlicher: Frankreich werde Englands Bestehen auf einer Sonderuntersuchung in der Pfalz als „unfreundliche Handlung“ auffassen. Dieser zündende Ausdruck aus dem Völkerrecht war das vom französischen Außenamt ausgegebene Stichwort! Frankreich lehne eine englische Sonderuntersuchung entschieden ab: Der englische Konsul könne natürlich nicht körperlich verhindert werden, nach der Pfalz zu reisen, aber man werde alles tun, um seine Tätigkeit zu stören. Er werde „keinen Augenblick allein“ bleiben.

Nun, Generalkonsul Clive fuhr von München ab mit seiner Londoner Weisung, zunächst in Heidelberg die aus der Pfalz ausgewiesenen deutschen Beamten zu vernehmen und sich dann in das linksrheinische Bayern selbst zu begeben. Die von der französischen Botschaft in München angebotene offene Begleitung französischer Offiziere und Beamten lehnte er ab. Wahrscheinlich sind sie ihm doch nachgefahren, um ihn zu belauern. Und jedenfalls hat Frankreich bereits seine Gegenmänner springen lassen. Tirard, der französische Befehlsgewaltige im Rheinland, läßt im britischen Besatzungsgebiet durch zwei französische Offiziere eine „Untersuchung“ anstellen über die angeblich in Köln tätigen deutschen Geheimverbände, die eine Gefahr für die Besatzungsgruppen seien. England hat diesen Gegenanschlag Frankreichs wiederum sehr gut pariert, indem es halbamtlich darauf hinweist, daß in der englischen Zone am Rhein ein Heer französischer Agenten und Spione ist, die über deutsche Geheimverbände genügend Bescheid wissen müßten.

Man hat auf deutscher Seite das Gefühl, daß Frankreich den Streit mit England lücht und weitertreibt, um es von seiner bisherigen Haltung in der Sonderbündlerfrage abzulenken. Aber dies wird ihm nicht gelingen. General de Mezy hat bei der Totenfeier in Speyer den erschossenen Heinz einen „Freund Frankreichs“ genannt.

der für eine „gerechte Sache“ gestorben sei. Was das für eine Sache war, nämlich die Raubpolitik des Generals de Mezy, darüber ist man auf deutscher Seite bereit, dem Generalkonsul Clive jedes gewünschte Material zu liefern. —er.

Das Holz des Schwarzwalds

Vor einiger Zeit waren, wie der „Holzmarkt“ berichtet, in Straßburg und anderen Städten Maueranschläge veröffentlicht worden: „Kauft badische Dollarschäfte, das gehört uns bald der badische Schwarzwald!“ — Die von der badischen Regierung ausgegebene Dollarschäftanleihe ist durch den Staatswaldbesitz garantiert. Die Franzosen wollen sich also durch die Aufforderung an ihre Landbesitzer, jene Dollarschäfte nach Kräften zusammenzukaufen, auch noch das Vorkaufsrecht auf den Schwarzwald sichern. Der Frankfurter kommt da allerdings fatal dazwischen.

Unkarmherzig haufen die Franzosen in den Wäldern des besetzten Gebiets. Ganze Wälder werden, wie das Fachblatt weiter schreibt, der Art überliefert, ganze Gegenden beraubt man ihres natürlichen Schutzes. In der knappen Zeit vom 16. November bis 4. Dezember 1923, also innerhalb 2½ Wochen, sind über 1 Mill. Festmeter Holz, und zwar nicht aus den schlechtesten Revieren verramscht worden. Um die Tragweite dieser Verwüstungen einigermaßen begreifen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß z. B. ein mittleres Revier Württembergs mit etwa 1500 Hektar Fläche bei sorgfältiger Bewirtschaftung im Lauf eines ganzen Jahres im ganzen etwa 5000 Festmeter Holz aller Sortimente aufbringt. Dieser Schaden, der bis in seine letzten Ausläufer überhaupt nicht abzuschätzen ist, kann durch keine auch noch so vernünftige Wirtschaft wieder ausgewetzt werden, sondern es werden Jahrhunderte darüber vergehen müssen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß das verarmte Deutschland gar nicht in der Lage ist, diese riesenhafte Wiederaufforstung zugleich mit den erforderlichen Genauigkeiten und Nachdruck wieder aufzunehmen.

Neue Nachrichten

Anschlag gegen General v. Seckel

Berlin, 16. Jan. Im Kaffeehaus Festum am Potsdamer Platz wurden, wie die Blätter berichten, ein 28jähriger Kaufmann und ein angeblicher früherer Offizier namens Thormann, die einem rechtsradikalen Verband angehören sollen, unter dem Verdacht verhaftet, gegen den General v. Seckel, den Inhaber der Volksgewalt, einen Anschlag geplant zu haben. Die Anzeige sei von der bayerischen Regierung nach Berlin gelangt. Die Verhafteten sollen noch mehrere Mitwisser haben. Amtlich wird im Interesse der Untersuchung Stillschweigen beobachtet.

Zehnstündige Arbeitszeit für Staatsangestellte

Berlin, 16. Jan. Durch Verordnung des Reichsfinanzministers ist festgesetzt worden, daß die bei Behörden angestellten Personen bis zu 10 Stunden täglich beschäftigt werden sollen. Die Arbeitszeit der Reichsbankbeamten wurde auf 9 Stunden erhöht.

Ledebours Anklage

Berlin, 16. Jan. Der Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Ledebour aus der von ihm selbst gegründeten Gruppe der unabhängig-sozialistischen Partei war mit der Behauptung begründet worden, Ledebour habe für eine andere Partei geworben. Demgegenüber veröffentlicht Ledebour ein Flugblatt: Es sei ein Fehler gewesen, daß die Unabh. soz. Partei beim Ruhrkampf Poincaré als den „Gerichtsvollzieher“ willkommen heißen habe. Der Parteivorstand und seine Anhänger haben das Vorgehen selbst die französischen Sozialisten die Ruhrbesetzung verurteilt. Die Unabhängigen haben Poincaré als den „Bundesgenossen des deutschen Proletariats“ begrüßt. Der Parteivorstand der Unabhängigen habe ferner die Untertreibung der Sonderbündler begünstigt und durch eine Kundgebung vom 26. September 1923 den Ortsverein Kreisfeld verleitet, sich für die Gründung eines Rheinlandstaates zu erklären. Mit Leuten von so knedlicher Bestimmung wolle er (Ledebour) und seine Freunde keine Gemeinschaft mehr haben.

Austritt aus der Deutschen Volkspartei

Koburg, 16. Jan. Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei in Koburg hat ihren Austritt aus der Partei erklärt und sich der rechtslebenden Nationalliberalen Landespartei in Bayern angeschlossen.

Clive in der Pfalz

Speyer, 16. Jan. Der britische Generalkonsul Clive



empfangt gestern die Vertreter der evang. und kath. Kirche, der Wirtschaftsgruppen und der Parteien in der Pfalz, die ihm die furchtbaren Leiden der Pfalz durch eine Horde landfremder, verkommenen Gesellen schilderten. Namentlich die Worte des Bischofs Dr. Sebastian und des evang. Konsistorialpräsidenten machten auf Erbe einen tiefen Eindruck. Von den pfälzlichen Ständevertretungen wird in einer Eingabe an die Rheinlandkommission verlangt: 1. Wiederherstellung des deutschen Verwaltungsrechts und Gewähr dafür, daß die rechtmäßigen staatlichen und gemeindlichen Behörden ihren Dienst ordnungsgemäß verrichten und die Gerichtspflege ungehindert übernehmen können. 2. Versammlungs- und Pressefreiheit im Rahmen des Rheinlandabkommens. 3. Unantastbarkeit der persönlichen Freiheit und des Eigentums im Rahmen des deutschen Rechts und des Rheinlandabkommens. 4. Rückgängigmachung aller durch die Sonderbündler vorgenommenen Strafen, Verhaftungen, Ausweisungen und Beschlagnahmen. 5. Entwaffnung der Sonderbündler und Wiederbewaffnung der deutschen Gendarmen und Polizei.

Sonderbündlerische Freiheit

Berlin, 16. Jan. Untern 8. Jan. hat der Sonderbündlerführer Matthes in Düsseldorf an den Reichstag die Anfrage gerichtet, ob Sonderbündler, falls sie in den Reichstag gewählt werden, die volle Freiheit den Strafgesetzen gegenüber besitzen würden, wie die übrigen Abgeordneten. Präsident Löbe erwiderte auf das Schreiben, ein Reichstagsmitglied werde wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nur dann nicht verfolgt, wenn der Reichstag dies ausdrücklich beschliesse. Er (Löbe) bemerkte aber, daß der Beschäftigungsausschuss neuerdings bei Hochverratsverbrechen die Genehmigung zur Strafverfolgung erteile.

Die leise Kriegspresse

Paris, 16. Jan. Das Pariser Blatt „Humanité“ veröffentlicht eine Reihe von Artikeln, in denen der Nachweis geführt wird, mit welchen Summen die Pariser Blätter, die besonders zum Krieg hegen, von Russland beschonnet worden sind. Am 1. Februar 1913 berichtet der russische Botschafter in Paris, Iswolski, an den Minister des Auswärtigen Sazonow in Petersburg, er (Iswolski) wie Poincaré (damals Präsident von Frankreich) halten einen Betrag von mindestens 300 000 Franken für erforderlich, um die Pariser Presse für die russischen Pläne zu gewinnen. Poincaré wünschte jedoch, daß er von allem unterrichtet werde, was in dieser Beziehung geschehe. Für die Bestechung war durch die Agenten Rasafelowitsch und Dawidoff ein Plan aufgestellt, die Geldverteilung besorgte der französische Agent Schwarz (Venoir), zum Teil auch Iswolski selbst. Dieser konnte ferner nach Petersburg berichten, durch die Gelder seien „höchst greifbare Ergebnisse“ erzielt worden; Rasafelowitsch haben den Auftrag erhalten, die Redakteure, vom ersten bis zum unbedeutendsten, zu „bearbeiten“, um gegen Oesterreich-Ungarn in der Balkanpolitik zu wirken. — Die „Humanité“ führt dann noch deutsche Zeitungen an, wie die Frankf. Ztg., Berliner Tageblatt u. a., die für Inserate (Veröffentlichung der amtlichen Ziehungslisten) Summen bis zu 500 Franken bezogen haben. Das ist aber eine ganz andere Sache als die Geldverteilung in Paris, wie schon aus den Geldbeträgen hervorgeht, denn die Blätter in Paris usw. bezogen ja 20 000 Franken und mehr.

Die englische Thronrede

London, 16. Jan. Gestern eröffnete der König das Parlament mit der Thronrede. Sie erwähnt, daß in der Lösung der Frage zur Wiederherholung der Welt ein endgültiger Fortschritt durch die Einsetzung der beiden Sachverständigen-Ausschüsse erzielt worden sei. Die Tagerfrage sei durch ein Abkommen, das eine internationale Verwaltung vorsehe, geregelt. Die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wegen der unerlaubten Alkoholeinfuhr nähern sich dem Abschluß. Die Regierung werde bestrebt sein, den Einfluß des Völkerbunds mit allen Mitteln zu kräftigen. Die letzte Reichskonferenz habe in der Zusammenarbeit aller Teile bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Die kommende Reichsausstellung werde die Kenntnis von dem Wirtschaftsleben in der ganzen Welt fördern und dem Handel des britischen Weltreichs dienlich sein. Die Arbeitslosigkeit habe abgenommen, bilde aber immer noch den Gegen-

stand großer Sorge. Die Vorschläge der Regierung zur Besserung (Schutzlohn) seien vom Land nicht angenommen worden. Deshalb wird die Zustimmung des Parlamentes erbeten zur Ausdehnung der Handelserleichterungen und Ausfuhrkreditpläne mit Hilfe staatlicher Zuschüsse. Der sofortige Neubau von Schlachtschiffen werde neue Arbeitsgelegenheiten schaffen. Die Luftstreitkräfte sollen ausgebaut werden.

Ramsley Macdonald begründete den Antrag der Arbeiterpartei: Es ist Pflicht, Ew. Majestät mitzuteilen, daß Ew. Majestät gegenwärtige Raigerber nicht mehr das Vertrauen des Unterhauses besitzen. Es sei dringend nötig, daß England eine entschiedener und wirksamere Politik betreiben als in den letzten 12 Monaten. Keine Partei habe ihre eigene Mehrheit, und die Regierung sei mit einer Minderheit von 100 aus dem Wahlkampf zurückgetreten. Dieses Parlament sehe sich einer Lage gegenüber, wie früher noch kein anderes. Was sich aber auch ereignen möge, jede Regierung, die jetzt die Geschäfte in ihre Hand bekomme, müsse unbedingt ehrliches Spiel treiben.

Nach Macdonald sprach Lloyd George. Er drückte die Hoffnung aus, daß jede kommende Regierung, welcher Art sie auch sein möge, das Ansehen und den Einfluß zu wahren wissen werde, auf die England um seiner Macht und seiner Opfer willen Anspruch habe. Er griff die Regierung scharf an. Die Ruhrbesetzung habe eine Katastrophe über Europa gebracht. Wenn es sich bewiesen sollte, daß einer der Verbündeten die Sonderbündler ermutigt habe, so wäre dies ein schändlicher Bruch des Vertrags von Versailles.

Erstminister Baldwin erklärte, das vergangene Jahr sei für die Förderung des Friedens und der Wechseltät Europas nicht günstig gewesen. Es könnte sein, daß die französische Regierung durch den Frankfurter Vertrag veranlaßt werde, die Lösung der Frage in Angriff zu nehmen, die sich während des ganzen Jahres verzögerte. Die Bewegung der Sonderbündler im besetzten Deutschland verurteile die britische Regierung die größte Sorge. Wenn der konservativen Regierung im Unterhaus der Fehdehandschuh zugeworfen werde, sei die Partei bereit, ihn anzunehmen, sie werde aber keine von Parteiinteressen beeinflusste Opposition gegen eine andere Regierung betreiben, sondern bei der Lösung schwerer Aufgaben, wie z. B. der Arbeitslosigkeit mitarbeiten.

Milderung des Ausnahmezustands in Thüringen

Berlin, 16. Jan. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seeckt, hat an den Militärbefehlshaber der Reichswehr in Thüringen die Weisung ergehen lassen, nach den von der thüringischen Landesregierung in Berlin abgegebenen Versicherungen den militärischen Ausnahmezustand entsprechend herabzumindern und von Eingriffen in die Verwaltung hinfort abzusehen. Die Reichsuntersuchungskommission kehrt Ende der Woche aus Thüringen nach Berlin zurück.

Ein englischer Antrag abgelehnt

Koblenz, 16. Jan. Laut „Matin“ hat die Rheinlandkommission den Antrag Englands, die Anerkennung der sonderbündlerischen Regierung in der Pfalz auszusetzen, bis die Untersuchung Elites abgeschlossen sei, mit den Stimmen Frankreichs und Belgiens abgelehnt.

Kein Nachgeben Englands?

Rotterdam, 16. Jan. Nach dem „Courant“ erklärte Lord Curzon im Oberhaus, die britische Regierung warte den Bericht des Generalkonsuls Elton aus der Pfalz ab. Sie sei entschlossen, sich auf keine Verständigung einzulassen, sondern die vollständige Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit zu fordern, wobei sie sich auf den Vertrag von Versailles stütze.

Serbien baut eine Flotte

Paris, 16. Jan. „Echo de Paris“ meldet aus Rom, zwischen Serbien und Italien sei ein gemeinsamer Flottenbauplan vereinbart worden, das Jugoslawien die Flotte einer Großmacht (!) innerhalb zweier Jahre gibt.

Stuttgart, 16. Jan. Verlobung. Nach der „Südd. Ztg.“ hat sich Herzog Albrecht Eugen von Württemberg, der zweite Sohn des Herzogs Albrecht, mit der Prinzessin Radajda von Bulgarien, zweiter Tochter des früheren Königs Ferdinand, Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, vor einiger Zeit verlobt. Die Vermählung wird am 24. Januar in Regensburg stattfinden, wo König Ferdinand alljährlich längere Zeit weilt.

Stuttgart, 16. Jan. Vom Landtag. Der Ausschuss für Innere Verwaltung begann gestern die Beratung des Besetzungswurfs über die Verminderung der Abgeordnetenanzahl. Die Vorlage schlägt eine Verringerung von 101 auf 72 vor. Angenommen wurde ein Antrag gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bauernbunds, die Zahl von 101 auf 80 zu ermäßigen. Ferner wurde, entgegen dem Regierungsvorschlag, beschlossen, die amtliche Verteilung der Wahlzettel beizubehalten und einen amtlichen Stimmzettel auszugeben, der sämtliche Wahlvorschläge enthält. Für jeden Wahlvorschlag sollen 100 Mk. Kosten vorzuschuß (Regierungsvorlage 500 Mk.) bezahlt werden. Von den 80 Mandaten sollen 60 den Bezirken und 20 der Landesliste zufallen. Dieser Antrag wurde mit 11 gegen 5 Stimmen (B.B., B.B.) bei 2 Enthaltungen (D.D.B.) angenommen. Die Bestimmungen bezüglich des Dienstabzugs bei Beamten wurden gestrichen, da diese Frage im Diätengesetz geregelt werden soll.

Kleine Anfrage. Abg. Wiber (B.B.) hat folgende kleine Anfrage gestellt: „Die Auszahlung der für Inhaber des Militärverdienstordens zuständigen Präbenden ist eingestellt. Welche Gründe waren für diese Maßnahme ausschlaggebend und auf welche Rechtsgrundlage stützt sich das Staatsministerium?“

Stuttgart, 16. Jan. Beamtenabbau bei den Kantonskassen. Durch Verordnung des württ. Staatsministeriums ist die Durchführung des Beamtenabbaus hinsichtlich der Orts- und Innungsstrankassen dem Württ. Obergerichtsratsamt übertragen worden.

Todesfall. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Württ. Vereinsbank sowie zahlreicher großer industrieller Unternehmungen, Alfred von Kaula ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Nickelmünzen kein Zahlungsmittel. Die Straßenbahn hat von der Annahme des Nickelgelts leider wieder Abstand nehmen müssen, da die Banken erklärten, sie könnten die früher außer Kurs gesetzten Münzen nicht aufnehmen.

Zur Eisenbahnreform. Vertrauensmänner der mittleren Eisenbahnbeamten von Bayern, Württemberg und Baden sprachen sich in einer Zusammenkunft in Stuttgart am Montag gegen die Beteiligung privaten Kapitals am Eisenbahnbetrieb aus.

Stuttgart, 16. Jan. Bundesausschuss des S.S.B. in Tuttlingen am 19. und 20. Januar wird ein Ertragzug (Stuttgart ab Sonntag früh 5.26 Uhr) ausgeführt mit Halt in Spaichingen. Die Schneeverhältnisse in Tuttlingen sind günstig.

Verbotene Milchlieferung. Das Schöffengericht, zum erstenmal nur aus dem Berufsrichter bestehend, ließ ohne Schöffen, verurteilte den Nichtautoritätsführer Christian Haible von Hedelfingen, der länger als ein Jahr an Stuttgarter Kaffeehäuser täglich 25 bis 30 Liter Milch unerlaubt geliefert hatte, zu einer Geldstrafe von 550 Mk. Drei weitere Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 40 bis 60 Mk. verurteilt.

Vom Tage. Heute vormittag wurden der junge Bankangestellte und das Mädchen, die am Samstagabend durch Erschließen im Kräherrwald freiwillig aus dem Leben geschieden waren, ihrem letzten Wunsch entsprechend in einem gemeinsamen Grab auf dem Steinhaldenriedhof in Cannstatt beerdigt. Stadtpfarrer Wägling legte der Grabrede die Schriftworte zugrunde: Nichtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet.

Aus dem Lande

Leonberg, 16. Jan. Unglücksfall. Der Verwalter des Gemeindegasthauses in Korntal, Wdh., wurde auf der Heimfahrt von Leonberg beim Scheuern der Pferde aus dem Wagen geworfen und mit dem Knecht eine Strecke weit geschleift. Beide zogen sich nicht unbedeutende Verletzungen zu.

Die Fragen: Auf welche Weise wurde unsere Schöpfung erschaffen? und: Warum überhaupt das alles, und warum das alles gerade so? werden von uns Menschen gleichzeitig gestellt, aber nicht gleichzeitig beantwortet. Weißt du über die erste Weisheit, dann beginnt erst das Ringen nach Klarheit über die andern.

Gefreit ohne Liebe.

Roman von Erich Benneke.

(Urheberrecht Stuttg. Romanzentrale G. Adermann-Stuttgart.) 14 (Nachdruck verboten.)

Die anderen aber schoben es auf bräunliche Verwirrung. Reidsch, doch ohne Eifersucht blinnte Hertha von Klefberg dem Paar nach. Ja, sie bemerkte Emma gänzlich um den Platz an seiner Seite.

Aber — er liebt sie nicht, dachte sie besträubt, wird sie nie lieben! Und das wird sie nur zu bald merken —

Selbstverleumdung lehnte das junge Paar aus Wien zurück, wo es sechs Wochen lang der geantanten vierzehn Tage geblieben war. „Mit Brittas Komma“ sagte Reider in sportlich gereiztem Ton. „Sie wünschen auszuwandern, das wird länger dauern. Es scheint, daß sie nicht genug liegen konnte an geistlichen Anstalten!“

Britta, die blaugraue als junger ausah, aber noch anziehender durch einen gereizten, leicht verneigten Ausdruck in den schönen Augen, sagte kein Wort dazu. Sie benutzte die erste Gelegenheit nach der Begrüßung, um zu verschwinden, d. h. sie ging mit den Kindern nach deren Spielzimmer.

Reider trat ihr vertraut nach. Ein fremder nervöser Ausdruck lag in seinem Munde. Hertha, die beide wartend beobachtet hatte, dachte besträubt: Na — näher sind sie einander nicht gekommen in Wien und das will sie nicht anders aus als die Weiden!

Denn, als Frau Reider und der Major sich in die Geheimnisse des Patientenlebens vertieften, begann sie Reider vorzüglich auszufragen, wie es denn eigentlich gewesen war in Wien?

Er antwortete knapp und zerstreut, während seine Hände

nervös mit einem zufällig am Tisch liegenden Papiermesser aus Silber spielten.

Es war in Wien alles gegangen, wie man erwartet. Frau von Erkel, entzückt wie alle lebenslustigen Frauen von derartigen Missionen nahm Britta wie eine Schwester bei sich auf und machte gleich großartig Programm. Bei Tag die künstlerischen Sehenswürdigkeiten Wiens, Bauten, Galerien, Sammlungen und die herrliche Umgebung. Abends Vergnügungen und Geselligkeit. Sie trommelte alles zusammen, was noch in Wien weiter an berühmten und hervorragenden Persönlichkeiten und Britta schwamm in einem Meer von Lustbarkeiten. Ein Vetter Melanie Erckels, Baron Sternbach, reicher Richtermeister von Beruf und Vater aus Liebhaberei — übrigens ein arroganter, überpanneter Mensch machte bei allem den maitre de plaisir, so vermehrte nicht Britta nie und verbrachte alle Abende auswärts, bis auf den letzten, wo Britta Kopfschmerzen hatte —. Er brach unvermittelt ab und begann von anderen Dingen zu sprechen.

Brauchte eigentlich Hertha alles zu wissen? Zum Beispiel, daß Britta damals offenbar gar nicht Kopfschmerzen gehabt, sondern solche nur vorgeschützt hatte, um sich seiner Geselligkeit zu entziehen?

Zawohl seiner — ihres angetrauten Mannes Geselligkeit! Es war ja eigentlich zum Lachen, wenn es nicht so demütigend für ihn gewesen wäre, wie dieses kleine unbedeutende Mädchen ihm damals pföflich, mit der Miene einer Königin gesagt hatte: „Ich ziehe vor allein zu bleiben.“

Dabei hatten diese blauen Kinderaugen ihn mit einem Blick angezogen, in dem eine ganze Welt von Schmerz, Bitterkeit und Entrüstung lag.

Der Blick verfolgte ihn seitdem förmlich. Und warum dies alles? Weil er ihr vorwarf, sie kokettiere mit Baron Sternbach und fordere dadurch dessen ziemlich deutlichen Huldigungen heraus! Nicht daß er eifersüchtig gewesen wäre. Gott bewahre! Das wäre ja lauterlich gewesen bei der Gleichgültigkeit, die er für seine Frau empfand.

Aber es ärgerte ihn eben, daß Britta überall Aufsehen machte, wo sie sich nur zeigte! Ihr rotgoldenes Haar, der außerordentlich klare weiße Teint, mit den wie von Wasserband binareworkenen selten Farben und die seltsamen

Augen, die bald tiefblau, wie ein Bergsee erschienen, bald ganz dunkel, fast schwarz, lodten sofort alle Männer an. Im Theater richteten sich alle Opernalster auf sie sobald sie in der Loge neben Frau von Erkel Platz nahm, im Salon drängte man sich, der schönen jungen Frau zu huldigen. Am eifrigsten suchte Sternbach ihre Nähe — All das reizte ihn unbeschreiblich. Wenn Britta ihm auch gleichgültig war, so brauchte man ihr doch nicht den Hof zu machen. Das hatte er ihr denn auch endlich gesagt am vorletzten Abend.

Vielleicht zu schroff. Denn nachträglich mußte er sich eingestehen, daß sie selbst ihm eigentlich nicht den geringsten Grund zur Klage gab. Aber er war eben gereizt und mußte sich Luft machen.

Und daraufhin hatte sie ihn, ohne eine Silbe zu erwidern, stehen gelassen, war in ihr Zimmer gegangen und schloß sich dort ein. Am nächsten Tag — dem letzten in Wien — wo sie bei Erckels Abschied feiert wollten, ließ Britta absagen. Sie habe Kopfschmerzen und könne nicht in Gesellschaft gehen.

Das war ihm gerade recht. Er wollte sich einmal gründlich mit ihr aussprechen — sie kennen lernen und dann trachten, ein erträgliches Verhältnis herbeizuführen. Denn Britta war ihm ein völliges Rätsel. Von dem warmherzigen tröstlichen Kinde, das er gefreit, war ja keine Spur mehr vorhanden! Kalt und verschlossen ging sie neben ihm her. Das mußte wieder anders werden in Zukunft. — Als er aber in der Absicht, ihr Gesellschaft zu leisten und sich über all dies mit ihr auszusprechen, bei Britta erschien, erklärte sie ihm lächelnd, sie ziehe vor, allein zu bleiben.

Es war eine Demütigung, wie er sie noch nicht erlebt, und er kam noch jetzt nicht darüber weg.

Doch davon brauchte Hertha nichts zu wissen. Sie begriff, daß er ihr etwas verschwiegen, drang aber nicht weiter in ihn. Und da Britta nicht mehr im Wohnzimmer erschien, trennte man sich bald, um zu Bett zu gehen.

Heider erschien am nächsten Morgen nur für ein paar Minuten in der Fabrik, wo er dem erkrankten Direktor erklärte, daß er alles geschäftliche auf morgen verschoben wünsche, da er heute nach Hannenthal, dem zu Karolinenruhe gehörigen Meierhof wolle. (Fortf. folgt.)

Tübingen, 16. Jan. Unfälle. In der Nacht wurden in letzter Zeit nicht weniger als sieben Personen mit Beinbrüchen durch Glätte- und Schlittschuhfahrten eingeliefert.

Obernörs a. N., 16. Jan. Angefahren. Ein hiesiger Arzt wurde in Ependorf von einem mit zwei jungen Leuten besetzten Rodeschlitten angefahren und nicht unerheblich verletzt. Auch einer der Fahrenden trug Verletzungen davon.

Balingen, 16. Jan. Wasserkräfte. Dem Gemeinderat liegen zwei Pläne zur Ausnützung des Egnachflusses vor. Nach dem einen würden 100 000 Kilowattstunden Tagesstrom im Jahr, nach dem andern der die Zusammenfassung der Wasserkräfte der Egnach und Steinlach mit einem Stauer vorsieht, 2 100 000 Kilowattstunden gewonnen. Die Kosten sind zu 1 800 000 bzw. 2 100 000 Goldmark veranschlagt. Die Pläne werden dem staatlichen Wasserkräftamt zur Begutachtung übergeben.

Fremdlingen u. Spaidingen, 16. Jan. Roheit. Ein in Schwemlingen in Arbeit stehende Bursche von Wellendingen verübte nachts hier, mit Gummitüppeln bewaffnet, nach einer Zecherei solche Roheiten gegen die Einwohner, daß die Gendarmen aufgeboten werden mußte. Die Übeltäter werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Talheim, u. Tuttingen, 16. Jan. Tödlicher Unfall. Auf beklagter Weise kam die Ehefrau des Fabrikarbeiters Martin Leibring ums Leben. Ein durch das Garbenloch herunterfallendes Brett traf sie so schwer am Hinterkopf, daß sie nach wenigen Augenblicken tot war.

Biberach, 16. Jan. Von der Gewerbebank. In einer Mitgliederversammlung der Gewerbebank wurden heftige Angriffe gegen die Geschäftsführung und namentlich gegen die hohen Gebühren und Zinsätze der Bank gerichtet, sowie die Behälter der Angestellten als zu hoch bemängelt. (Die vier Vorstandsmitglieder bezogen im Jahr 1923 zusammen 12 000 Goldmark.) Es wurde gewünscht, daß der Bankbetrieb schnellstens wieder in geordnete Bahnen gelenkt und den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen werde.

Isny, 15. Jan. Berunglückte Skifahrer. Zwei Skifahrer, auswärtige Touristen, die von der Schletteralm abfahren, sind nach einer hierher gelangten Nachricht tödlich verunglückt. Der eine von ihnen fuhr in der Dunkelheit auf einen Baum und war infolge Schädelbruchs sofort tot. Der andere zog sich schwere innere Verletzungen zu, blieb in der Nacht in der Kälte liegen und wurde erst lange Zeit nachher tot aufgefunden. Die Namen der Berunglückten sind noch nicht bekannt.

Langenargen, 16. Jan. Vermißt. Vor 8 Tagen entfernte sich der Bahnwärter Römer von hier von seinem Haus und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Auf einem hinterlassenen Zettel nahm er Abschied von seiner Familie. Er konnte den Verlust seines Vermögens durch die Geldentwertung nicht überwinden.

Aus Argentinien. Die deutsche Kolonie in Buenos Aires hat, wie schon berichtet, einen Ausschuss eingesetzt, der die Hilfsstätigkeit der in Argentinien lebenden Deutschen für die deutsche Heimat planmäßig leiten soll. Der Ausschuss hat sein Augenmerk vor allem auf die Heime, Krankenhäuser, Kinder- und Studentenspeisungseinrichtungen und derartige Anstalten gerichtet. Auf Wunsch der Kolonie wurde in Hamburg ein Verteilungsausschuss gebildet, an dessen Spitze der frühere Reichsanwalt Dr. Cuno und Direktor Th. Amstutz stehen. Bei der Verteilung sollen ausdrücklich keine Behörden beteiligt sein, da man rasche, von jedem bürokratischen und Parteigeist befreite Gabenvermittlung wünscht. Für die erste Sendung von 500 Kisten Bäckereifisch, 550 Kisten Speisefett, 400 Kisten Milch und 60 Sack Mehl ist der Verteilungsplan bereits festgestellt und die Waren sind nach ihrem Bestimmungsort, 50 deutschen Städten abgehandelt. Bei den nächsten Verladungen werden andere Bezirke gewählt. Vielleicht ist es nicht ohne Erfolg, wenn bedürftige Heime oder Anstalten sich bei dem Ausschuss in Hamburg melden und Eingaben etwa an den Vorsitzenden des Hamburger Roten Kreuzes, L. S a n n e, richten.

Baden

Karlsruhe, 16. Jan. Die Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten haben in der Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung folgenden gemeinschaftlichen Antrag gefaßt: „Die Regierung wolle alsbald nach Durchführung der hauptsächlichsten Abbaumaßnahmen durch die Ministerien, jedenfalls noch in der gegenwärtigen Tagung, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die Zahl und der Geschäftskreis der Ministerien in Weiterführung der Staatsvereinfachung gemäß § 52 der badischen Verfassung neu geregelt wird.“

Pforzheim, 16. Jan. Telegraphendirektor W. P e s e r, der das hiesige Telegraphenamt geschaffen und 18 Jahre lang geleitet hat, ist in den einstufigen Ruhestand versetzt worden.

Mannheim, 16. Jan. Die Franzosen haben in Ludwigs-hafen mehrere Schüler im Alter von 14—17 Jahren verhaftet, die sie ein Jugendvereinsmitglied nach dem Muster der Wand-vogel gründen wollten. Die Verhafteten mußten eine Nacht im deutschen Polizeigewahrsam verbringen und wurden dann eingehend verhört. Es handelte sich aber um eine ganz harmlose Sache.

Heidelberg, 16. Jan. Der älteste hiesige Universitätsdozent, Prof. Dr. Georg D u i n k e, ist im Alter von 90 Jahren gestorben. In Frankfurt a. M. geboren, kam er 1875 nach Heidelberg, wo er Nachfolger von Helmholz wurde. Sein Hauptgebiet war das der Experimentalphysik.

Stein (Weisental), 15. Jan. Der hier wohnhafte Tierarzt Dr. K o h l h e p p ist in der Wohnung eines hiesigen Arztes tot aufgefunden worden. Dr. Kohlhepp, der starker Morphiumist war, ist einer Vergiftung erlegen.

Mühlheim, 16. Jan. Eine Versammlung der Mühlheim-Badenweiler Wirtvereine beschloß, die Richtpreise für 1/4 Liter Wein auf 25 Pfg. für alten und 40 Pfg. für neuen festzusetzen.

Muggen b. Mühlheim, 16. Jan. Der Wirtverein plant voraussichtlich für den kommenden Mai eine große Wein-ernte-festigung. Austräge werden von 70 bis 80 Mark für das Hektoliter zur Abgabe bereitgestellt werden.

Möhringen b. Immendingen, 16. Jan. Ein zärtlicher Ehegatte. Hier hat ein Mann seine Frau ein Jahr lang eingesperrt und buchstäblich verhungern lassen. Die Frau war zum Skelett abgemagert und wog nur noch 60 Pfund. Der laubere Ehegatte ist wegen Mords in Untersuchungshaft genommen worden.

Steißlingen bei Stockach, 16. Jan. Von einem der von hier nach Anaoia Ausgewanderten der „Konstanzer

Zeitung“ geschrieben: Die Portoräfen sind hier noch gefürchtete Leute. Im Anfang war es fürchterlich schwer, mit den Leuten zu arbeiten; da sieht man von selber hinter die Bücher. Afrika ist nicht ein Bierel so schlimm wie man bei Euch daheim denkt. Die Neger sind so friedlich, wie kein anderes Volk, d. h. im bewohnten Afrika. Das Klima an und für sich ist nicht ungesund. Wenn einer hier keinen Beruf hat, kommt er nicht weit. Unerlernte Arbeiten machen die Neger. Schloßerei ist sehr gut, auch Baunerei, Schreinererei, überhaupt alle Berufe, bis auf den Maurer. Die Speisefarte: täglich Kräutertuppe, Fleisch, ein Gang Schweinefleisch, Braten mit Reis oder Kartoffeln, eine Flasche Wein, Drangen, Feigen, Bananen als Dessert, Bohnenkaffee. Milch ist sehr teuer. Alles ist katholisch; auch eine schöne Kirche ist hier. Missionen hat es ziemlich im Innern.

K o s a l e s.

Wildbad, den 17. Januar 1924.

Schi- und Rodelrennen des Wintersport-Vereins Wildbad. (Schluß.) Am Abend verammelte sich dann der Wintersportverein zur Preisverteilung im „Ohsen“. Herr Apotheker Stephan begrüßte die Versammelten und dankte ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen. Er wies darauf hin, daß, seit die Feinde uns die allgemeine Wehrpflicht genommen haben, der Sport in erster Linie dazu bestimmt sei, die militärische Ertüchtigung zu ersetzen und unsere Jugend vorzubereiten auf den Tag der Befreiung aus den Sklavenketten unserer Feinde. Ganz besonders zu begrüßen sei auch die lebhafteste Beteiligung der Frauen. Denn ein wehrhaftes Volk brauche in erster Linie wehrhafte Männer. Sodann eröffnete er die Versammlung mit einem dreifachen „Ski-Heil!“ Hierauf dankte Herr Professor Steuer im Namen des Wintersportvereins den Herren des S. C. S. Pforzheim, sowie dem Ehrenmitglied, Herrn Dr. Mehger, für ihre liebenswürdige Unterstützung, ebenso allen denen, die durch Stiftung von Preisen, durch Geldbeiträge oder durch ihre Mitwirkung zum Gelingen des Festes mitgeholfen haben. Besonders habe es ihn gefreut, wie diesmal Alles bereitwillig mitgewirkt habe. Das sei nicht immer so gewesen. Darauf verteilte Herr Professor Steuer die Preise; über die Preisträger und die Ergebnisse wurde schon berichtet. Besonders nett war das disziplinierte Verhalten der Jugend, die jeden ihrer Preisträger mit strammem dreifachen Ski-Heil begrüßte. Zum Schluß ergriff Herr Stadtschultheiß Böhner das Wort. Wer heute die Winterpracht auf dem Sommerberg gesehen habe, der müsse gestehen, daß Schöneres auch der Feldberg, ja die Schweiz nicht bieten könne. Der heutige Tag habe gezeigt, daß der Wintersport ganz besonders dazu geeignet sei, die wirkliche Volksgemeinschaft herauszubilden, in der es keinen Unterschied des Standes, der Partei oder des Herkommens gebe. Er hoffe, daß das heutige erste Fest des Wintersportvereins Wildbad den erfreulichen Anfang bilde zu weiterem Blühen und Gedeihen des Vereins zum Wohle unserer Stadt Wildbad. — Der ganze Abend war anmutig verschönt durch die musikalischen Darbietungen der Frl. Schöffelen, Treiber und Bopp. Die Stimmung im gemütlichen Teil des Abends wuchs zu einem fröhlichen Familienfest, und als nach einigen gelungenen Lautenliedern der Herren Wörishoffer und Treiber Herrn Professor Steuer die Laute in den Arm gedrückt wurde, da war des Jubels kein Ende. — Selten hat Wildbad seit den trüben Tagen des November 1918 solch schönes, gemeinsames Fest gesehen, ein gutes Zeichen dafür, was bei unbefangener, gemeinsamer Arbeit möglich ist. — Möge das Interesse auch ferner so rege bleiben, dann kann Wildbad einer guten Zukunft als Wintersportplatz entgegensehen und es wird dem Wintersportverein gelingen, Wildbad in die vorderste Reihe der Wintersportplätze zu bringen.

Neues Leben im Bäckereibetrieb. Nachdem erst vor etwas über einem Jahr Herr Bäckermeister Fritz Pfa u hier die Holzheizung durch die staubfrei, billiger und schneller arbeitende Gasheizung hat ersetzen lassen, wird jetzt der alte Backofen gänzlich niedergelegt, um einer neuzeitlichen Anlage Platz zu machen. Der neue Ofen wird nach dem System Sieger errichtet. Er wird zwei Backöfen haben, welche zur gleichen Zeit, aber auch unabhängig von einander arbeiten können. Die Erhitzung beider Backöfen in der neuen Anlage kann erfolgen durch Holz, Kohlen oder Gas, je nachdem Heizstoffe zur Verfügung stehen. Der neue Backofen des Herrn Fritz Pfa u wird in einigen Tagen in Betrieb genommen. Die Einführung des Systems Sieger bedeutet hygienisch eine Förderung des Bäckereibetriebs, zumal auch eine Raumerweiterung damit verbunden ist. W.

Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände.

Rassenärztliche Honorare.

Die württembergischen Ärzte haben am 5. November vorigen Jahres das Vertragsverhältnis zu den Krankenkassen fristlos aufgehoben und behandeln seitdem unter Mißachtung entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen die Rassenmitglieder nur noch als Privatpatienten. Als Honorar wurde für die Beratung zuerst 60 Goldpfennige verlangt, welcher Betrag nach kurzer Zeit auf 1,20 Pfg. erhöht, also verdoppelt worden ist. Dieser Betrag gilt als Mindestsatz, auf ihn sind die Ärzte durch ihren Verband verpflichtet worden.

Mußte es schon damals lebhaftestes Befremden erregen, daß die Ärzte in einer Zeit des beginnenden allgemeinen Preisabbaues, trotzdem die Mark wertbeständig geworden war, ihre Goldhonorare plötzlich verdoppelt haben, wobei sie sich auf eine wesentlich geringere Erhöhung der Reichsrichtzahl beriefen, so hat ihr seitheriges Festhalten an diesen Sätzen trotz des Sinkens der Reichsindizes, trotz des in den wichtigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln vollzogenen Preisabbaues die Ärzteschaft der Sympathien, die sie in diesem Streit bei einem Teil der Bevölkerung noch besaß, in weitem Umfange beraubt.

Den Ärzten fehlt für ihr Festhalten an einer Beratungsgebühr von 1 Mk. 20 Pf. jede Berechtigung. Im Frieden sind in Württemberg für die Beratung durch-

schnittlich 70 Pfg. bezahlt worden. Infolge der Verarmung unseres Volkes sind heute alle erwerbstätigen Berufe in ihren Einkommen wesentlich unter den Friedensstand herabgedrückt worden; die Löhne der Beschäftigten betragen heute ungefähr 60 %, die Beamten- und Angestelltengehälter ungefähr 50 % der Friedenssätze. Dabei fällt noch besonders ins Gewicht, daß infolge der Arbeitslosigkeit der größte Teil der Beschäftigten verkürzte Arbeitszeit und dadurch erhebliche Lohnausfälle hat.

Trotz dieser Notlage der Beschäftigten, aus deren kärglichem Verdienst die Kassenmittel stammen und trotzdem in Baden und Bayern die Ärzte es abgelehnt haben, in den Streit zu treten und seit Wochen 80 Pfg. für die Beratung vereinbart haben, verlangen die Württ. Ärzte heute noch für die Beratung 1 Mk. 20 Pf., also nahezu das Doppelte des Friedenssatzes. Sie haben sich bis heute nicht dazu verstehen können, an der allgemeinen Verarmung unseres Volkes ihren Anteil auf sich zu nehmen und mit ihren Honorarforderungen wenigstens auf 80 Pf. zurückzugehen. Sie haben damit immer noch mehr, als sie im Frieden hatten. Nach der amtlichen Gebührenordnung für die Privatstätigkeit der Ärzte haben nachweislich Minderbemittelte, und zu denen zählen heute die Beschäftigten bei ihrem stark geschwächerten Einkommen nahezu ausnahmslos, Anspruch auf Berechnung der Mindersätze. Diese sind ebenfalls auf einer Beratungsgebühr von 80 Pf. aufgebaut.

Um den Beschäftigten während des vertragslosen Zustandes möglichsten Schutz zu gewähren, haben ihnen die Kassen bisher in den meisten Fällen die vollen Arztauslagen ersetzt. Nachdem die Ärzte sich aber bisher nicht dazu verstehen konnten, mit ihren Forderungen an die Beschäftigten auf ein gerechtes Maß zurückzugehen und dadurch den Kassen die Möglichkeit für den dringend notwendigen weiteren Beitragsabbau zu geben, bleibt nichts anderes übrig, als sie dazu zu zwingen. Es wird für immer eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der Württ. Ärzte bleiben, daß sie in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis unseres Volkes und insbesondere der Beschäftigten an Honoraren festgehalten haben, die jeder inneren Berechtigung entbehren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände hat deshalb beschloffen, daß sämtliche ihr angehörenden Kassen vom Montag, den 14. ds. Mts. ab den Beschäftigten ebenfalls nur noch die in Baden und Bayern seit Wochen anerkannten und auch durch die württ. staatliche Gebührenordnung vorgeschriebenen Sätze von 80 Pf. für die Beratung und 1 Mk. 60 Pf. für den Besuch ersetzen und die Beschäftigten auffordern, Mehrforderungen der Ärzte, die keinerlei Berechtigung haben, abzulehnen. Die Kassen werden außerdem dieser Mehrforderungen mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß in den Verhandlungen, die am 4. ds. Mts. in Berlin zwischen den Ärzten und Krankenkassenhauptverbänden stattgefunden haben, die Vertretung der deutschen Ärzteschaft, der Leipziger Ärztenverband, anerkannt hat, daß die Ärzte im vorliegenden Konflikt unberechtigtweise die Verträge gelöst haben, daß sie vielmehr verpflichtet gewesen wären und heute noch sind, für die Kassen zu den bisherigen Vertragsbedingungen vorläufig weiter tätig zu sein bis zum Zustandekommen eines neuen Vertrages. Diese Anerkennung schließt mit ein, daß die Weiterbehandlung zu den alten Honorarsätzen zu erfolgen hat, bis neue Vereinbarungen erfolgt sind.

(Vergl. auch die heutige Bekanntmachung der Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg.)

E i n g e s a n d t.

Wie aus bestimmter Quelle bekannt wird, veranstaltet der neugegründete Enzgau des „Schwäb. Sängerbundes“, welcher, nebenbei gesagt, Vereine des ganzen Enzlaufes in sich schließt, in diesem Sommer in Birkenfeld sein erstes Sängerkonzert. Nach den neu aufgestellten Sätzen dieses Enzgaues ist es Pflicht jedes Gauvereins, an dem Gesangswettstreit bei den Sängerkonzerten teilzunehmen. Da auch der hiesige Liederkranz dem Gau angehört, so muß er sich auch an dem Gesangswettstreit beteiligen. Der Festort Birkenfeld ist ja für den hiesigen Verein sehr günstig gelegen, wodurch wohl am Fest selbst mancher Gesangstreund von hier teilnehmen wird. — Aber nun zur Sache selbst. Seit einer Reihe von Jahren schon war der hiesige Liederkranz in unserem engeren Enzthal immer an führender Stelle und diese Stelle sollte nicht ohne weiteres aus der Hand gegeben werden, zumal heute für den hiesigen Verein die Sache noch viel günstiger liegt als früher. — Nachdem sich vor einigen Jahren die Gesangsabteilung des Turnvereins dem Liederkranz angeschlossen hat, besteht hier nur noch ein Verein, der sich der Pflege des Gesangs widmet. Es werden daher alle gesanglichen Kräfte in einem Verein zusammengezogen, was ja für einen kleineren Platz nur von Vorteil sein kann. — Auch die Gesangsleitung des Vereins liegt in guten Händen, was die Konzerte im Kurhaus usw. in letzter Zeit bewiesen haben. Es wäre daher zu wünschen, daß alle Sangeskundigen und sangeslustigen Herren — und solche gibt es in Wildbad noch viele —, welche dem Verein noch fernstehen, gerade im Hinblick auf das Fest in Birkenfeld, sich um die Fahne des Vereins scharen und somit ein jeder seine Kräfte in den Dienst der Sache stellen wollte. Alle persönlichen und parteipolitischen Momente müßten in diesem Fall ausscheiden. — Die Nachbarvereine werden alles aufbieten, gerade in Birkenfeld so gut wie möglich abzuscheiden, und aus diesem Grunde wären obige Anregungen wohl beachtenswert. Da das Fest selbst erst etwa in einem halben Jahre stattfindet, so könnten neuereintretende Sänger, welche einigermaßen über gutes Stimmaterial verfügen, noch gut mitkommen und dürfte dies kein Grund zum Absichtstehen sein.

Zur Aufklärung!

Man schreibt uns: Die Arbeitsgemeinschaft, die am 14. Januar zu einer Vollversammlung zusammengetreten war, beschäftigte sich mit der Notiz, die das „Wildb. Tagbl.“ in seiner Nummer vom 12. Januar gegen Gemeinderat Karl Schmid veröffentlicht hatte. — Herr Schmid war bekanntlich in Gemeinschaft mit den Herren Bött und Großmann in die Kommission zur Bestimmung der Ausdehnungsflächen gewählt worden und hatte in dieser seiner Stellung, wie die Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft anerkennend feststellt, mit hervorragendem Fleiß und mit größtem Geschick die Prüfungsarbeiten geleitet. Da einer der am schwersten in die Waagschale fallenden Punkte die ablehnende Stellungnahme des hiesigen Forstamtes war, reiste er mit Zustimmung der beiden anderen Kommissionsmitglieder zu einer maßgebenden amtlichen Stelle nach Hohenheim, um ein oberinstanzliches Gutachten über die strittige Frage herbeizuführen. Es ist also von vornherein irrig, wenn diese Reise als eine Privatfahrt bezeichnet wird. Nach Auffassung von Leuten, die schon längere Zeit und in größeren Gemeinden als Wildbad sich mit kommunalpolitischen Angelegenheiten beschäftigen durften, ist es Sache einer Kommission, die Wege zu bestimmen, die zur Begründung der Fortschritte dienen, welche für ein Projekt herbeizuführen werden müssen. Wenn eine Kommission in ihrer Tätigkeit so beschränkt sein sollte, daß sie für eine so einfache und mit so geringen Kosten verknüpfte Reise, wie die nach Hohenheim, jeweils zuvor die Genehmigung des Gemeinderats einholen sollte, so hätte dieses Kollegium an und für sich keinen Zweck und wäre von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Es ist das Wesen einer Kommission, daß sie frei und aus sich heraus Beschlüsse fassen und ausführen darf. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so wäre die Frage aufzuwerfen, ob der Stadtvorstand für seine Reisen, die er im Interesse der Stadt ausführt, auch jeweils zuvor die Genehmigung des Gemeinderats einholt. Da diese Frage ohne weiteres verneint werden muß, ist nicht ersichtlich, weshalb Herr Schmid einen Fehler begangen haben sollte, indem er eine von der ganzen Kommission als notwendig empfundene Aufklärungsreise unternahm. Uebrigens ist es nicht richtig, daß er bei der Stadtkasse für diesen Zweck einen Kostenzettel einreichte. Richtig ist, daß er mit dem Stadtpfeger sich darüber unterhielt, wie bisher in solchen Fragen hier einschlägig worden sei, und daß er hierbei seine tatsächlichen Kosten bekannt gab. Gemeinderat Schmid lehnt es aber ab, den von der Stadtpflege entworfenen Kostenzettel sich honorieren zu lassen, und verzichtet auf Rückerstattung der Aufwendungen, die er im Interesse der Stadtgemeinde hatte. Es wäre dringend zu wünschen, daß andere Stellen, die bei ihrer sogenannten amtlichen Tätigkeit ein heilloses Durcheinander anrichteten, sich diese Bescheidenheit des

Gemeinderats Schmid als nachahmenswertes Beispiel vorhalten würden. In der Arbeitsgemeinschaft war man einstimmig der Auffassung, daß jedes Gemeinderatsmitglied auf die Diäten (60 Pfg. pro Stunde) verzichten solle und daß hierbei die ersten Beamten der Stadt mit gutem Beispiel vorangehen müßten. Es ist übrigens ein bedauerliches Zeichen von Parteilichkeit, wenn man Leute, die mit der besten Absicht aufs Rathaus gingen, an einer Befragung der hiesigen Verhältnisse mitzuwirken, auf diese Weise lahmlegen will. — Im übrigen sprach die Arbeitsgemeinschaft dem Herrn Karl Schmid ihr vollstes Vertrauen und ihren Dank für seine bisherige Tätigkeit aus.

Anmerkung der Schriftleitung. Wir haben bereits in Beantwortung der Briefkastenfrage erwähnt, daß der herrschende Gemeinderat (Herr K. Schmid) in seiner Eigenschaft als Kommissionsmitglied berechtigt war, für Aufwendungen, die er im Interesse der Stadt hatte, Reisefahrt zu beantragen. Wie ihn nun aus vorstehenden Ausführungen ergibt, zählt also auch die Fahrt nach Hohenheim darunter, was wir hiermit ausdrücklich feststellen.

Die aus diesem Anlaß erfolgten geschäftlichen Angelegenheiten durch den geistigen Leiter der „Wildbader Stg.“ überlassen wir dem gewissen Urteil unserer Leser. Eventuelle Forderungen gehören nicht zu den Geschäften eines anständigen Redakteurs.

Handelsnachrichten

Dollarkurs (Berlin) am 16. Jan.: 4.2105 Bill. Mark (ant.). New-York 1 Dollar 4,34 (4,34). London 1 Pfd. Sterl. 18,5 (18,5). Amsterdam 1 Gulden 1,57 (1,53). Zürich 1 Franken 0,789 (0,750). **Berliner Geldmarkt.** Dreiochtel Prozent für tägliches Geld. **Der französische Franken** hat sich in London wieder etwas befestigt auf 92,50 Franken für ein Pfd. Sterling. In Berlin war der Kurs am 16. Jan. 194 (190) Milliarden Papiermark für einen franz. Franken, für einen belgischen 177 (174). Die italienische Lira ging auf 188 zurück. **Die deutsche Rohzuckerzeugung.** Nach Ermittlungen des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie beteiligten sich im Jahre 1923 an der Erzeugung von Rohzucker 203 Fabriken gegen 264 im Vorjahr. Die Zuckerzeugung stellte sich auf 11.304.200 Doppelzentner gegen 14.557.561 Doppelzentner im Vorjahr, was eine Verminderung von 22,35 Prozent bedeutet. Die Rübenverarbeitung war in denselben Maße von 93.722.205 auf 72.849.000 Doppelzentner zurückgegangen. In Süddeutschland wird die Zuckerzeugung mit 454.400 im Jahr 1923/24 gegen 698.140 Doppelzentner im Jahr 1922/23 angegeben. **Der Wrotpreis** in Berlin wurde auf 80 Pfg. für einen Loib von 1750 Gramm festgesetzt.

Wärkte

Waldee, 16. Jan. Fruchtpreise. Die Preise für Getreide bewegten sich auf der Schranne zwischen 8,80 und 9 M. für Haber zwischen 6,50 und 7 M. pro Zentner. Die Zufuhr an übrigen Getreidelorten blieb unbedeutend. **Niedlingen, 15. Jan. Holzverkäufe.** In Erlingen wurden bei einer Brennholzversteigerung für den Raummeter durchschnittlich 7—10 M. bezahlt. In Pflummern kam Raubholz auf 15—25 M. pro Raummeter zu stehen. **Friedenstadt, 16. Jan. Brennholzverkauf.** Bei der Versteigerung des hiesigen Brennstoffamts gelangten 120 Meter Raubholzstücke zum Verkauf. Die Steigerer boten für 1 Km. 11 bis 15,25 M. bei einem Ausbot von 10 M. Der Durchschnittserlös beträgt 13,00 M. Für Stockholz wurden 7 M. für 1 Km. bezahlt. **Örtlich, 16. Jan.** Nach der Aufhebung der Milchzwarzwirtschaft ist die Anlieferung von Milch im Wiesen- und Weintal wieder so reichlich geworden, daß von keinem Mangel mehr die Rede ist. Wie vor dem Kriege fahren wieder die Milchwagen der einheimischen Bauern durch die Stadt, um ihren Kunden die Milch anzuführen. Auch Butter wird wieder in viel reichlicherem Maß auf den Markt gebracht als bisher. Außerdem wird jetzt auch wieder viel Milch aus der Schweiz bezogen.

Devisenkurse (in Millionen)

Berlin	16. Januar		16. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1581038	1588962	1581038	1588962
Belgien	173565	174435	176558	177442
Norwegen	198500	601500	698500	601500
Dänemark	738150	741850	736155	739845
Schweden	1117800	1128800	1110215	1116785
Italien	192019	192981	187630	188470
London	17955000	18045000	17955000	18045000
Newyork	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	189525	190475	193515	194485
Schweiz	742140	745860	738654	740345
Spanien	588650	541350	541843	544357
P.-Osterr.	60.598	60.902	59.85	60.15
Prag	125185	125814	123440	124560
Ungarn	156.607	157.393	153.388	154.612
Argentin.	1396500	1403500	1391513	1398487
Telex	1875800	1884700	1865350	1864650

Allgem. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung

an die Versicherten betreffend die Höhe des Ertrages von Arztkosten.

In Anbetracht dessen, daß im Frieden an die Kassenärzte in Württemberg für die Beratung im Durchschnitt 70 Pfennige bezahlt worden ist, daß die Löhne der Versicherten ungefähr 60 % der Friedenslöhne, die Gehälter der Beamten und Angestellten nur etwa 50 % der Friedensgehälter betragen, kann den Krankenkassen nicht mehr länger zugemutet werden, den Ärzten wie bisher für ihre Tätigkeit annähernd doppelte Friedenshonorare zu bezahlen. Jeder Beruf muß heute seinen Teil an der Verarmung anferes Volkes auf sich nehmen. Infolange dies seitens der Ärzte nicht geschieht, kann ein weiterer so notwendiger Abbau an den Beiträgen und Wiederaufbau der abgebauten Mehrleistungen nicht vorgenommen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände hat daher beschlossen, den Ärzten eine Beschränkung ihrer Friedenshonorare nicht zuzumuten und ihnen für ihre Tätigkeit die im Frieden bezahlten Sätze zu gewähren.

Diese betragen für eine Beratung 80 Pfennige, für einen Besuch 160 Pfennige, für die besonderen Verrichtungen das 133,3 milliardenfache für die Strahlentherapie das 210,6 milliardenfache der Württ. Kassengebührenordnung.

Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg hat am 12. Januar 1924 einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom 14. Januar 1924 ab den Versicherten nur noch diese Sätze zu vergüten und die Versicherten zu ersuchen, höhere Anrechnungen der Ärzte als obige Sätze abzulehnen. Dabei wird besonders darauf hingewiesen, daß die Ärzte in Baden und Bayern nicht streiken und mit den von den Krankenkassen bezahlten Friedenssätzen zufrieden sind; auch in verschiedenen Württ. Oberamtsbezirken werden von den betreffenden Ärzten seither schon nur die oben angegebenen Friedenssätze berechnet.

Neuenbürg, den 15. Januar 1924.

Der Kassenvorstand. Vorsitzender: Fr. Heinzlmann.

Geflügel- und Kaninchen-

Züchter-Verein Wildbad e. V.

Gauausstellung betr.

Anlieferung der angemeldeten Tiere am Samstag morgen 7 Uhr an der „Alten Linde“. — Die Tiere können dann Sonntag abend 7 Uhr wieder an gleicher Stelle abgeholt werden. — Zur schnellen Erledigung und um Verwechslungen vorzubeugen, ist, wenn möglich, auf dem Transportmittel Name und Inhalt zu vermerken. (Beisp.: 1,0 od. 0,1 MW, 8 Mon., u. Name des Ausst.)

Unsere Mitglieder wollen nicht veräumen, diese Gauausstellung zu besuchen. Das Ausstellungslokal ist die Turnhalle bei Cronbach.

Linden-Lichtspiele
 Samstag abend 9 Uhr
 Sonntag nachmittag 4 Uhr und abends 9 Uhr
Das große amerikanische Filmwerk:
Frauen
die dem Abgrund nahe!
 Bilder aus der Großstadt in 6 Akten.
 In der Hauptrolle: Mildred Harris-Chaplin.
„Joe, der Held“
 Amerikanische Grotteske in 2 Akten
 mit JOE MARTIN in der Hauptrolle.
 Versäume niemand dieses erstklassige Programm!

Radfahrer-Verein
 „Schwarzwald“, Wildbad.
 Samstag, den 19. Januar 1923 abends 8 Uhr
Generalversammlung
 im Lokal „zum wilden Mann“.
 Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.
 Der Ausschuss.

la. Steinkohlen, Rußkohlen,
Braunkohlenbriketts (Union)
und Koks
 liefert prompt jedes Quantum zu äußersten Preisen
 Richard Weiß, Bau- u. Brennstoffvertrieb,
 Birkenfeld. Tel. 4.

Fußballverein
Wildbad.
 Vereinigter Fußball- und Sportverein.
 Heute abend 8 Uhr
Spielerversammlung
 im Gasth. zum grünen Hof.
 Ebendasselbst kurze Besprechung des Ausschusses.
 Die Spielleitung.

Suche für sofort 2—3 möbl. Zimmer eventl. mit Küchenbenützung, für 3—4 Monate. Offerten unter S. B. an die Geschäftsstelle des „Wildbader Tagblatt“.

Haus

mit 6—8 Zimmern und Zubehör zu Vermietungszwecken zu kaufen gesucht. Zuschriften unter Nr. 12 an die Geschäftsstelle des „Wildbader Tagblatt“.

Hotels und Pensionen

empfehle mein reichhaltiges Lager in:
Vorhangstoffen
Vorhänge :: Stores
Decorationen u. s. w.
Klub- und Ledermöbel
Postermöbel
Matratzen u. s. f.
Ad. Weiblen
Pforzheim
 Tel. 2287 Bleichstr. 11

Jetzt ist die richtige Zeit!
Kammerjäger
 Bredemeyer
 Chem.-bakt. Institut
 staatl. gepr. kommt in den nächsten Tagen nach Wildbad und Umgebung
 um sämtl. Ungeziefer nach neuestem, für Haustiere unschädlich, Verfahren radikal unter 2jähr. schriftl. Garantie zu vernichten.
 Bestellungen unter „Kammerjäger“ an d. Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

Tüten und Beutel
 in allen Größen, sowie gutes, zweidienstliches **Einwickelpapier**
 Geschw. Flum, Papierhandlung
 Karlsruh. B 187. — Tel. 97.

Sonntag, den 20. Januar, nachmittags halb 3 Uhr

Sportplatz Lautenhof

Meisterschafts-Entscheidung: Wildbad—Urnbad

1 Uhr Vorspiel: F.-B. Wildbad 2. Mannschaft — T.-B. 1860 Pforzheim 4. Mannschaft.